

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 30.10.2024

Öffentlicher Teil

TOP 3.7. Übersicht über Kürzungen im Sozialbereich Bericht der Verwaltung

Frau Soddemann greift die von Herrn Krawinkel im Nachgang zur letzten Sitzung versendete Liste über die Kürzungen im Sozialbereich nochmals auf, die lediglich eine Zusammenfassung darstellen sollte. Aus dieser ließen sich Rückschlüsse ziehen, in welchen großen Bereichen Kürzungen geplant seien. Sie fügt ergänzend hinzu, dass allerdings nicht nur Kürzungen geplant seien, sondern auch Erhöhungen und Verschiebungen stattfänden. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit habe man eine detaillierte Liste erhalten, worin die Veränderungen nach den Haushaltsplänen aufgeschlüsselt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt seien die Auswirkungen auf den eigenen Haushalt noch nicht absehbar, da die Landesfördermittel teilweise direkt an die Träger ausgezahlt werden. Aus einer Schnellabfrage in den Fachbereichen sei eine Zusammenfassung entstanden, die einen groben Überblick über die Auswirkungen der Kürzungen geben soll. Die Zusammenfassung wird an die Niederschrift angehängt. Ein Träger, welcher Aufgaben im Rahmen der Familienbildung wahrnimmt, sei bereits auf die Stadt Hagen zugekommen, da in diesem Aufgabenfeld direkte Landesfördermittel fließen. Eine volle Kompensation der wegfallenden Fördermittel des Landes sei zum jetzigen Zeitpunkt allerdings schon auszuschließen.

Frau Soddemann führt weiter aus, dass in den großen Bereichen Suchhilfe und im Bereich „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA) große Einschnitte zu erwarten seien. Insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftemangel sei es wichtig, KAoA weitestgehend aufrechtzuerhalten, da es ein strukturell wichtiges Programm sei. Weitere besorgniserregende Kürzungen von Landesförderungen seien in den Bereichen Alter und Pflege sowie bei den Pflegeeinrichtungen und deren Ausbau wie auch in den Bereichen Migration, Flucht und Integration zu erwarten. Sie weist darauf hin, dass Programme wie beispielsweise „Komm an“ wichtig für die in Hagen ankommenden Menschen seien, um sie zu integrieren und ihr Potenzial zu nutzen, damit sie Fuß fassen können.

Frau Soddemann hebt am Ende ihrer Ausführungen nochmals hervor, dass es ihr ein wichtiges Anliegen war, die Auswirkungen der Kürzungen für die Stadt Hagen herausarbeiten.

Anlage 1 Anlage zu TOP 3.7 SID 30.10.24

| Zweckbestimmung | | Anmerkungen |
|--|--|-------------|
| Soziale Unterstützungsstruktur | | |
| Suchthilfe | | |
| Prävention und Hilfen zur Eindämmung von Suchterkrankungen und ihren Folgen | Die Kürzung berücksichtigt nicht den zu erwartenden Mehrbedarf für Suchtprävention im Zuge der Umsetzung des CanG. | |
| Berufseinstiegsbegleitung | | |
| Berufsorientierung - Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA), Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke | KAoA: Laut Koalitionsvertrag sollen Schülerinnen und Schüler durch entsprechende Angebote die Möglichkeiten der beruflichen Bildung systematisch und früher als bisher kennenlernen. KAoA ist lt. Koalitionsvertrag das „Herzstück“ des Übergangssystems. Fachpolitisch hat KAoA (anders als BerEB) alle Jugendlichen als Zielgruppe, nicht nur Benachteiligte. Die Kürzungen werden eine weitere Reduzierung der Angebote an den einzelnen Standorten zur Folge haben. Jedoch ist die Weiterführung eines flächendeckenden Angebots mit den stark reduzierten Mitteln weder sinnvoll noch zielführend. Vielmehr müssen die reduzierten Mittel nun dringend ausschließlich für die Unterstützung benachteiligter Schüler und Schülerinnen verwendet werden. Reformbedarf gibt es, aber eine Streichung der Mittel ohne zuvor geklärte Alternativen ist wenig sinnvoll. | |
| Sonstiges | | |
| Bekämpfung der Immunschwäche AIDS | Alle Bereiche der Förderung werden gekürzt, sowohl spezifische Projekte als auch kommunale Mittel zur eigenen Verfügung. Die AIDS-Hilfe Hagen übernimmt vertraglich die Pflichtaufgaben, die originär dem Gesundheitsamt obliegen. Die geplanten Kürzungen werden die wichtige Präventionsarbeit im Bereich AIDS und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten deutlich erschweren. Eine Aufgabenkritik wird die Folge sein. Inwiefern sich dadurch langfristig Kosten im Gesundheitswesen erhöhen werden, ist nicht abzuschätzen. | |
| Alter und Pflege | | |
| Landesförderung Alter und Pflege, Zuschüsse an Sonstige | Bereits heute ist eine bedarfsgerechte und qualifikationsorientierte Versorgung der auf Hilfe angewiesener Menschen nicht sichergestellt. Eine Kürzung wird dem wachsenden Unterstützungsbedarf beim Aufbau von Begegnungsstätten zur Vermeidung von Einsamkeit, Fortbildungsangeboten zur Stärkung Gesundheitskompetenz und digitaler Kompetenz, Entlastungsangeboten für pflegende Angehörige bei weitem nicht gerecht. Ziel dieser Maßnahmen ist ein möglichst langer Verbleib in der eigenen Häuslichkeit. Eine Kürzung an dieser Stelle birgt die Gefahr, dass an anderen Stellen deutlich höhere Ausgaben notwendig werden. Auch um einen Beitrag zu der notwendigen Unterstützung pflegender Angehöriger zu leisten, benötigt die Freie Wohlfahrt Finanzierungsmöglichkeit. | |

| | |
|--|--|
| | <p>Auswirkungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> -Bestehende Projekte und Initiativen zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen und zur Unterstützung der Pflege könnten reduziert oder eingestellt werden. -Der Ausbau und die Modernisierung von Pflegeeinrichtungen könnten sich verzögern. -Programme zur Entlastung und Beratung pflegender Angehöriger könnten eingeschränkt werden. -Die Entwicklung und Umsetzung neuer Ansätze in der Altenpflege könnte gebremst werden. -Wenn weniger Mittel für Fortbildungen und Qualitätssicherungsmaßnahmen zur Verfügung stehen, könnte dies langfristig die Pflegequalität beeinflussen. -Kommunen könnten gezwungen sein, Kürzungen durch eigene Mittel auszugleichen, um wichtige Angebote aufrechtzuerhalten. -Weniger Investitionen in Aus- und Weiterbildung könnten den bereits bestehenden Fachkräftemangel in der Pflege verschärfen. |
| Zinsen und Tilgung von Darlehen für Baumaßnahmen von Pflegeeinrichtungen | Eingeschränkte Baumaßnahmen von Pflegeeinrichtungen wird zu Versorgungsengpässen führen, obwohl zukünftig eine höhere Anzahl an Pflegeplätzen benötigt wird. |
| Pflegeausbildung | |
| Förderung von Investitionen an Pflegeschulen, Zuweisungen für Investitionen an Sonstige im Inland | Die Förderrichtlinie für die Finanzierung der Investitionskosten der Pflegeschulen, die nicht mit einem Krankenhaus verbunden ist, läuft am 31.12.2024 aus und muss erneuert werden. Aufgrund der aktuellen Förderrichtlinie werden nur 30 – 40 % der tatsächlichen Investitionskosten gedeckt. Eine weitere Reduktion ist nicht nachvollziehbar. Eine auskömmliche Finanzierung kann nur durch einen höheren Haushaltsansatz sichergestellt werden. Die Investitionskosten trotz steigender Kosten zu kürzen, setzt ein deutliches politisches Signal und steht konträr zu den politischen Bekundungen, die Ausbildung für Pflegekräfte zu stärken. Pflegeschulen sind die Voraussetzung für die Ausbildung gut qualifizierter Pflegekräfte, die das Land dringend benötigt. |
| Migration, Flucht und Integration | |
| Haushalt 2024 Leistungen für die integrationspolitische Infrastruktur nach dem Teilhabe- und Integrationsgesetz, Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände | Komm-An Programmteil II sind "bedarfsorientierte Maßnahmen vor Ort", dies sind Mittel für Kleinstprojektförderungen, die von den Kommunen verwaltet und ausgeschüttet werden. Sie werden im HP 2025 nicht mehr aufgeführt. Viele unserer Träger sind von der Streichung des Projektes betroffen, da diese solche Kleinstprojekte bei den Kommunen beantragen. |
| Zahlreiche Veränderungen und Umschichtungen z.B. für Sozialberatung von Geflüchteten und Integrationsförderung | Durch den geplanten Ausbau der Unterbringung von Geflüchteten ist ein gesteigerter Beratungs- und Förderungsbedarf zu erwarten, der durch die Restrukturierung und Neuausrichtung der integrationspolitischen Infrastruktur durch das Ministeriums sehr wahrscheinlich nicht gedeckt sein wird. |

Tageseinrichtungen für Kinder

Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung von Kita-Helfer:innen

Geringere Zuweisungen trotz Personalkostensteigerungen werden finanzielle Defizite auslösen, die zu Einschränkungen der Angebote führen werden.